

**Solidarität im Bildungsstreik:  
Reform der Hochschulen jetzt voranbringen**

von

**Isabell Zacharias**, MdL, *hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion,*  
*und*

**Natascha Kohnen**, MdL, *forschungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion*

Die SPD-Landtagsfraktion zieht Konsequenzen aus den Studentenstreiks in Bayern: In einem aktuellen Dringlichkeitsantrag hat sie entscheidende Korrekturen am so genannten Bologna-Prozess gefordert. Die Studierenden haben mit ihren Protesten an vielen Stellen Recht. Der Bologna-Prozess muss jetzt nachjustiert werden. Ein weiteres Hinhalten darf es nicht geben. Diese Forderungen der SPD-Fraktion hat der Bayerische Landtag in seiner Plenarsitzung am 26. November mit Mehrheit beschlossen.

Durch den überregulierten Studienaufbau und die verschulnten Studiengänge wird das freie wissenschaftliche Arbeiten erschwert, die Einheit von Forschung und Lehre geht verloren. Notwendig sind weniger Prüfungen, besonders zu Beginn des Studiums. Universitäten, die einen Studiengang anbieten, müssen sicherstellen, dass dieser von den Studierenden auch bewältigt werden kann. Das Wechseln der Universität soll durch gegenseitige Anerkennung von Hochschulstandards erleichtert werden. Der Übergang zwischen den Bachelor- und den Masterstudiengängen muss flexibler werden. Schließlich ist es ein unhaltbarer Zustand, dass es nur für etwa 20 Prozent der Bachelor-Absolventen weiterführende Master-Studiengänge gibt.

Die ursprünglichen Ziele der 1999 von den europäischen Bildungsministern beschlossenen Erklärung zur Reform der Hochschulen sind nicht erreicht worden. Geplant war die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums mit vergleichbaren Abschlüssen und der Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen. Auch sollte die Mobilität der Studierenden gefördert werden. Bei der Umsetzung der Reform sind jedoch entscheidende Fehler gemacht worden: Studierende und Hochschullehrer beklagen eine Überregulierung des Studiums und die neuen Strukturen verhindern individuelle Gestaltungsmöglichkeiten.

Nun soll die Staatsregierung nach SPD-Willen in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Studierenden die Umsetzung des Bologna-Prozesses unter der Fragestellung möglicher Überregulierung überprüfen und damit die Verbesserungsvorschläge und Kritikpunkte, die von den Studierenden geäußert wurden, aufgreifen. Als Zielsetzung muss eine flexiblere und individuellere Gestaltung des Studiums im Vordergrund stehen.

Besonders zu berücksichtigen sind folgende Aspekte:

- ◆ entscheidendes Kriterium bei der Akkreditierung neuer Studiengänge muss die Studierfähigkeit der Studienangebote sein,
- ◆ die Verringerung der Prüfungsdichte und der Anzahl der Prüfungen,
- ◆ eine Flexibilisierung bei der Gewichtung von Prüfungen, mit dem Ziel, den Prüfungsdruck zu Beginn des Studiums zu verringern,
- ◆ das Eröffnen weiterer flexibler Wege für den Übergang zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen,
- ◆ die Verhinderung einer Quotierung des Zugangs zu Masterstudiengängen,
- ◆ die Verbesserung von Anrechnungsmöglichkeiten von durch Prüfungen erworbenen ECTS-Punkten beim Hochschulwechsel,
- ◆ die gegenseitige Anerkennung von Studien-Standards der Hochschulen,
- ◆ Verbesserungen der Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte durch die Schaffung gezielter Zeitfenster.

Die Kritik der Studierenden an der Umsetzung des Bologna-Prozesses an den bayerischen Hochschulen ist ebenso umfassend wie berechtigt. Die ursprünglichen Ziele der 1999 von den europäischen Bildungsministern beschlossenen Bologna-Erklärung sind an den Hochschulen nicht erreicht worden. Geplant war die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes mit vergleichbaren Abschlüssen, der Verbesserung von Anerkennung von Studienleistungen. Die Mobilität der Studierenden sollte gefördert werden.

Bei der Ausgestaltung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge an den Hochschulen sind jedoch gravierende Fehler gemacht worden. Studierende und Hochschullehrende beklagen eine Überregulierung bei den neuen Studienangeboten. Ihre Kritik ist umfassend: Flexibilität, Mobilität und die individuelle Gestaltungsmöglichkeit beim Studium werden durch die neuen Strukturen verhindert:

- ◆ Verschulte Studiengänge verhindern eigenverantwortliches Lernen, freies wissenschaftliches Arbeiten ist den Studierenden nicht mehr möglich.
- ◆ Zu dichte Stofffülle und viele Prüfungstermine erzeugen Druck und Stress.
- ◆ Es bleibt den Studierenden kaum mehr Zeit für Jobs, um ihren Lebensunterhalt und Studiengebühren zu finanzieren.
- ◆ Die Prüfungsleistungen an den einzelnen Hochschulen (innerhalb Deutschlands und im Ausland) sind sehr unterschiedlich und zum Teil nicht gegenseitig anerkannt.
- ◆ Auslandssemester sind aus Zeitgründen kaum mehr zu organisieren.